

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

Tanklager Farge stilllegen

Das Tanklager Farge liegt auf dem Boden der beiden Länder Bremen und Niedersachsen und umfasst eine Fläche von 316 ha. Seit 1941 wurden dort in unterirdischen Tanks Treibstoffe gelagert, in Spitzenzeiten bis zu 312.000 m³. Damit ist dieses Tanklager das größte unterirdische Treibstofflager der Welt. Zu den Anlagen gehören zwei Schiffsanlegestellen, Bahnanschluss und eine Pipeline von und nach Oldenburg.

Auf dem Gelände des Tanklagers Farge, besonders im Bereich der Verladebahnhöfe I und II und des Hafens sind hohe Kontaminationen von Schadstoffen im Grundwasser durch Ölleckagen zu verzeichnen, die sich über die Liegenschaftsgrenzen hinaus bis in die Ortsteile Farge und Rönnebeck erstrecken. Boden und Grundwasser sind dort mit Mineralölkohlenwasserstoffen sowie mit leichtflüchtigen aromatischen Kohlenwasserstoffen (BTEX) und Methyl-Butylether (MTBE) in hohen Konzentrationen verunreinigt.

Deshalb wurden betroffene Bürgerinnen und Bürger im Mai 2009 schriftlich davor gewarnt, das Grundwasser zu verwenden, z. B. zum Gießen ihres Gartens. Der Zeitpunkt der Verunreinigung kann rückblickend nicht präzise bestimmt werden. Im Juli 2010 begann die Grundwassersanierung am Verladebahnhof II, dabei wird das Grundwasser in speziellen Brunnen gefördert, um die Schadstoffe abzuschöpfen. Mit den von Umweltbehörde und Bund gemeinsam veranlassten Maßnahmen wird der Ausbreitung der Schadstoffe entgegengewirkt und die Sanierung vorangetrieben.

Die Wehrverwaltung WV (Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen) ist Eigentümerin der Anlage, die mit der Firma TanQuid einen Betreibervertrag zur Nutzung des Tanklagers geschlossen hatte, der am 31. Mai 2013 endete. TanQuid ist verpflichtet, das Tanklager leerzufahren, stillzulegen und den Betrieb vollständig zu schließen. Da die Wehrverwaltung an einer eigenen Nutzung des Geländes kein Interesse hat, hat sie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beauftragt, das Gelände zu verkaufen. Eine Ausschreibung hat nach unserer Kenntnis keinen Käufer ergeben. In einem weiteren Schritt soll nun Bremen – im Auftrag des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen – im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung als Vorbereitung einer ordnungsgemäßen Stilllegung der Liegenschaft einschließlich der Hafenanlage verschiedene Varianten auf Realisierbarkeit und Kostenfolgen hin überprüfen. Dabei wird in jedem Fall von einer endgültigen Stilllegung ausgegangen, jeweils differenziert ohne Teilrückbau, mit Teilrückbau und Komplettrückbau. Auch wenn die Verantwortung für die Stilllegung des Tanklagers und seine weitere Verwendung und die entsprechende Finanzierung Angelegenheit des Bundes ist, ist es für die Bürgerinnen und Bürger in Farge – und wegen der Wasserproblematik für ganz Bremen-Nord – von

großer Bedeutung, welche Stilllegungsvariante bevorzugt wird und wer in Zukunft das Gelände zu welchem Zweck nutzt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich für die Stilllegung des Tanklagers Farge aus. Sie erwartet vom Bund die Zurückgabe der Betriebskonzession und wendet sich dagegen, dass die Anlage in der jetzigen Größe und Technik künftig erneut mit umweltgefährdenden Stoffen betrieben wird. Sie erwartet von der Bundesvermögensverwaltung und der BIMA die Bereitschaft, die Untersuchungsergebnisse der Freien Hansestadt Bremen zur Verfügung zu stellen.
2. Die Stadtbürgerschaft erwartet vom Senat, dass in Gesprächen mit den Umlandgemeinden gemeinsames Vorgehen und Nutzungsvorschläge für eine umweltfreundliche Nachnutzung (z. B. als mit Wasser betriebene Wärmespeicher) erarbeitet werden.
3. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass der Bund seiner Verpflichtung nachkommt und alle erforderlichen Maßnahmen zur Grundwassersanierung bis zum Abschluss der gesamten Sanierung gewährleistet und finanziert.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, über die Ergebnisse des Sanierungsprozesses der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie jährlich zu berichten. Der Bericht soll zudem, wie auch bisher alle anderen Dokumente, auf der entsprechenden Internetseite (BUI SY) des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr öffentlich zugänglich gemacht werden.

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD